



Alternativantrag

der Fraktionen von SPD und SSW

zu „Schleswig-Holsteins Punkte für die neue Amtszeit der EU-Institutionen 2024-2029“ (Drucksache 20/2964)

Schleswig-Holstein in einem innovativen und solidarischen Europa

Der Landtag wolle beschließen:

Durch die aktuellen weltpolitischen Entwicklungen ist die Europäische Union herausgefordert wie noch nie. Es ist bedeutender denn je, dass die EU stark und geeint auftritt und gemeinsam Entscheidungen für Sicherheit, Nachhaltigkeit, Fortschritt und sozialen Zusammenhalt trifft.

Schleswig-Holstein profitiert als Region in Europa von einer innovativen, nachhaltigen und sozialen europäischen Politik. Das Land kann und muss als eine Region in der EU - angrenzend an die wichtigen Makroregionen Nord- und Ostsee - ein aktiver Partner sein und im Rahmen der Möglichkeiten politischen Einfluss nehmen.

Der Landtag fordert die Landesregierung deshalb auf, sich gegenüber der Europäischen Kommission und dem Rat besonders für die folgenden für Schleswig-Holstein wichtigen Bereiche der europäischen Politik einzusetzen:

Stärkung der Demokratie

Dazu gehört:

- Europa durch Mehrheitsentscheidungen insbesondere in den Bereichen Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, Steuer- und Sozialpolitik sowie polizeiliche Zusammenarbeit handlungsfähiger zu machen.

- Rechtsstaatlichkeit stärker durchzusetzen und die Vergabe von EU-Fördermitteln an ihre Einhaltung zu knüpfen
- Rechtspopulismus und Rechtsextremismus entschieden entgegenzutreten
- die digitale Souveränität zu stärken und gegen die Verbreitung von Desinformationen vorzugehen
- Minderheitenrechte und -schutz zu stärken, in der EU institutionell zu verankern und durchzusetzen, insbesondere das Erlernen der Minderheitensprachen und die kulturelle Teilhabe zu fördern

Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit

Dazu gehört:

- mehr in Innovation, Forschung und Entwicklung zu investieren
- einen attraktiveren Standort für Fachkräfte und Investoren zu schaffen und die Fachkräfteeinwanderung zu fördern
- bessere Bedingungen für Start-Ups zu schaffen
- Bürokratie unter Wahrung eines hohen Schutzniveaus von Sozial- und Umweltstandards abzubauen
- den Europäischen Green Deal fortzuführen und eine nachhaltige EU-Industriestrategie zu entwickeln und umzusetzen
- am Ziel der Klimaneutralität 2050 festzuhalten und dafür Investitionen in eine nachhaltige Zukunft zu tätigen und einen sozial gerechten Übergang für Unternehmen und Bürger:innen sicherzustellen
- günstige erneuerbare Energie in den Mittelpunkt der Energiepolitik zu stellen und die Versorgungssicherheit sicherzustellen
- hohe Sozialstandards und Arbeitnehmer:innenrechte zu erhalten und weiter zu schaffen und die Europäischen Betriebsräte zu stärken

Erhalt und Herstellung von Resilienz und Sicherheit

Dazu gehört:

- geschlossen als starker internationaler, werte- und regelbasierter Akteur aufzutreten
- die Sicherheits- und Verteidigungsfähigkeiten auszubauen und im Rahmen eines verstärkten EU-Katastrophenschutzes Schutzkonzepte für die Bürger:innen aufzustellen
- das Europäische Vergabe- und Beschaffungsrecht zu reformieren und nachhaltige Lieferketten zu stärken
- die Produktion innerhalb der EU zu fördern und Rohstoffabhängigkeiten insbesondere durch die Stärkung der Kreislaufwirtschaft abzubauen
- die Gesundheitsunion zu verwirklichen und die Versorgung mit Medizin- und Medizinprodukten sicherzustellen
- den EU-Migrationspakt unter Wahrung der Menschenrechte umzusetzen und die Außengrenzen wirksam zu schützen

Stärkung des sozialen Zusammenhalts

Dazu gehört:

- die Schengen-Regelungen weiter durchzusetzen und die Grenzen innerhalb der EU als einen wesentlichen Grundpfeiler für die Freiheit und den Wohlstand offen zu halten
- die EU-Förderung für die Regionen in allen Bereichen beizubehalten und damit gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen
- sichere und gute Arbeitsplätze zu fördern
- die Systeme der sozialen Sicherheit stärker aufeinander abzustimmen, sozialen Dialog zu fördern und Arbeitnehmer:innenrechte zu stärken
- nachhaltigen und bezahlbaren sozialen Wohnraum zu fördern
- Bildung zu der strategischen Priorität der EU zu erklären
- angemessene Lebens- und Ausbildungsbedingungen sowie Mitbestimmung für alle jungen Menschen zu gewährleisten
- mit einer Europäischen Charta der Frauenrechte Standards festzulegen und als Leitfaden für die Geschlechtergleichstellung zu nutzen
- einen umfassenden Schutz gegen sämtliche Formen der Diskriminierung zu gewährleisten und Integration in allen Bereichen zu fördern

Dafür soll sich die Landesregierung auch im Vorfeld der Dänischen EU-Ratspräsidentschaft gegenüber dem Bund einsetzen und selbst rechtzeitig in Gespräche mit ihren dänischen Partner:innen eintreten. Aus schleswig-holsteinischer Sicht wäre es wünschenswert, wenn die Dänische EU-Ratspräsidentschaft für das deutsch-dänische Grenzland wichtige Themen wie die Verbesserung der grenzüberschreitenden Mobilität und Arbeitsbedingungen sowie die Weiterentwicklung einer Europäischen Minderheitenpolitik auf ihre Agenda setzt und sich weiter für die Errichtung eines europäischen Instituts für Sprachenvielfalt im Grenzland einsetzt.

Marc Timmer

und Fraktion

Birte Pauls

Jette Waldinger-Thiering

und Fraktion